

# GRAPHISCHE PRESSE

ORGAN FÜR DIE INTERESSEN DER LITHOGRAPHEN, STEINDRUCKER, CHEMIGRAPHEN, PHOTOGRAPHEN, LICHT-UND KUPFERDRUCKER, FORMSTECHEP, TAPETEN-U. WACHSTUCHDRUCKER U. VERW. BERUFE.

**Abonnement.** Die Graphische Presse erscheint wöchentlich Freitags. Abonnementpreis: 1 Mk. pro Quartal. Zu beziehen durch alle Buchhandlungen und Postanstalten. (Post-Ztg.-Katalog Nr. 3573.) Für die Länder des Weltpostvereins 1,25 Mk.

**Redaktion:** Paul Barthel, Friedrichshagen-Berlin, Viktoriastraße 25. Verlag: Otto Sillier, Berlin N. 28, Telephone: Amt Norden, 5246. Druck u. Expedition: Conrad Müller, Scheidestr., Augustastraße 8. - Redaktionsschluss: Montag.

**Insertion.** Für die viergespaltene Preitzelle oder deren Raum 30 Pfg., bei Wiederholung Rabatt. Für Vereinsmitglieder sowie Vereinsanzeigen 15 Pfg. pro Zeile. Beilagen nach Übereinkunft.

## Inhalt.

**Hauptteil:** Der Baseler Friedenskongreß. Rundschau. Politische Monatsschau. Eine neue Gewerkschaftsstrategie? II. Ein sehr erfreuliches Ergebnis unsrer Wirtschaftspolitik. Adressen-Andeutungen. — **Allgemeines:** Mauerblümchenpoliitik. Brief aus Eibelfeld. — **Der Lithograph:** Das Modenbild als Kunstblatt. — **Der Steindrucker:** Verlangt gutes Material! — **Die photomed. Fächer:** Unternehmerverbände — Streikschutz, II. — **Photographischer Mitarbeiter:** Photographie-Vergrößerungen. — **Feuilleton:** Der Sumpf. — **Anzeigen.**

## Der Baseler Friedenskongreß.

*Krieg dem Kriege!* Das war der große, gewaltige und erhabene Gedanke, der auf dem außerordentlichen Kongreß des klassenbewußten Proletariats aller Länder am 24. und 25. November in Basel zu einmütig-machtvollem Ausdruck kam. Völkerverbündend und völkerbefreiend erweckte er vielmillionenstimmigen Widerhall auf dem ganzen Erdenrund. Auf dem Baseler Kongreß hat das Gewissen der Menschheit geschlagen. Die internationale Arbeiterschaft gebot den gewissenlosen Kriegshetzern mit gewaltiger Stimme Einhalt, indem sie dem barbarischen Völkermassenmorde und der viehischen Menschenschlächtere ihren starken Willen zum Frieden entgegensezte, der Völkerglück und Menschheitskultur bedeutet.

Im Mittelpunkt des Kongresses stand die einzigartige Friedensdemonstration im alterwürdigen Baseler Münster. Wahre Christen, denen das Wort des Heilandes »Friede auf Erden und den Menschen ein Wohlgefallen« noch heiliger Ernst und tiefste Herzenssache ist, ließen es sich zur Ehre gereichen, dem internationalen Friedenskongreß des Proletariats die Pforten ihrer Kirche zu einer imposanten Massenversammlung zu öffnen. Auf einem schweizerischen Kasernenhofe formierte sich der ungeheure Demonstrationzug, in dem sich den Vertretern des arbeitenden Volkes aller Kulturnationen, die aus der ganzen Schweiz, aus Elsaß-Lothringen und Baden herbeigeströmten Arbeitermassen anschlossen. Und unter dem Geläut der Glocken und dem Klange der Orgel, die die wunderbare h-moll-Messe von Johann Sebastian Bach spielte, hielten die Arbeiterbataillone in der alten Münsterkirche ihren Einzug.

»Wie ein Aufruf zur allgemeinen Versöhnung erschien mir vorhin der Gesang der Glocken, der uns empfing, und erinnerte mich an Schillers herrliches Lied von der Glocke und sein Motto: *Vivos voco, mortuos plango, fulgura frango!*« sagte in seiner prächtigen Münsterrede der Führer der französischen Arbeiterschaft, der Genosse Jaurès. »Vivos voco, die Lebendigen rufe ich zur Verteidigung des vom Mord bedrohten Lebens; mortuos plango, die Toten beklage ich, die ungezählt auf den Schlachtfeldern am anderen Ende Europas liegen und deren Verwesungsgeruch zu uns dringt wie die Reue über die Untat; fulgura frango, die Blitze breche ich, die kriegerischen Blitze, die in den Wolken leuchten und Gefahren künden.«

Die Kundgebung im Münster, die durch die Eröffnungs- und Begrüßungsansprache des Baseler Regierungspräsidenten Genossen Blocher eingeleitet wurde und bei der Vertreter der Arbeiter aller Völker die Gemeinsamkeit des Willens zur Bekämpfung des Krieges und zur Herbeiführung des Friedens zum Ausdruck brachten, schloß mit dem Vortrag des Liedes: »Die Völker wollen Frieden, Frieden jedes Menschenherz!«

Die eigentlichen Kongreßverhandlungen fanden in der Burgvogelhalle statt. Quer über die Bühne zog sich ein breites rotes Band mit der Parole der Internationale: »Proletarier aller Länder, vereinigt Euch!« und dem Motto des Kongresses: »Krieg dem Kriege!« Die Beratungen galten dem einzigen Tagesordnungspunkte: »Die internationale Lage und die gemeinsame Aktion gegen den Krieg.« Als Grundlage diente das aus eingehenden Verhandlungen des internationalen Bureaus hervorgegangene Manifest der Internationale zur gegenwärtigen Lage.

Dieses Manifest betont zunächst den festen Willen der Arbeiter aller Länder, dem gegenwärtigen System von Beunruhigung und Verschwörung eine Grenze zu setzen. Es proklamiert die völlige Einmütigkeit der sozialistischen Parteien und der Gewerkschaften aller Länder im Kriege gegen den Krieg und fordert die Parteien auf, ihre Aktion mit allen ihnen zweckmäßig erscheinenden Mitteln fortzusetzen. Insbesondere wird der Arbeiterklasse Österreich-Ungarns die Pflicht auferlegt, ihre Aktion gegen einen Angriff der Donaumonarchie auf Serbien mit aller Kraft fortzusetzen. Der Proteststreik der russischen Arbeiter wird als die stärkste Bürgschaft gegen die verbrecherischen Intrigen des Zarismus begrüßt. Die wichtigste Aufgabe innerhalb der Aktion der Internationale weist das Manifest der Arbeiterklasse Deutschlands, Frankreichs und Englands zu. Ihre Aufgabe ist es, von ihren Regierungen zu verlangen, daß sie sowohl Österreich-Ungarn als auch Rußland jede Unterstützung verweigern, sich jeder Einmischung in die Balkanwirren enthalten und unbedingte Neutralität bewahren, denn ein Krieg zwischen den drei großen führenden Kulturvölkern wegen des serbisch-österreichischen Hafenstreits wäre verbrecherischer Wahnsinn. Schließlich erinnert das Manifest die Regierungen daran, daß sie bei dem gegenwärtigen Zustand Europas und der Stimmung der Arbeiterklasse nicht ohne Gefahr für sich selbst einen Krieg entfesseln können: der deutsch-französische Krieg hatte den Ausbruch der Kommune zur Folge, der russisch-japanische Krieg die russische Revolution. Die Proletarier empfinden es als ein Verbrechen, aufeinander zu schießen zum Vorteil des Profits der Kapitalisten. Um die Vernichtung der Blüte aller Völker zu verhindern, sollen die Proletarier ihren Willen in allen Formen und an allen Orten mit Macht kundgeben.

Dieses kraftvolle Manifest, das in seiner klaren und eindringlichen Sprache seine Wirkung nicht verfehlen kann, wurde von Jaurès (Frankreich) und Adler (Österreich) begründet. Jaurès

hob als die drei wesentlichen Merkmale, durch die das Manifest gekennzeichnet wird, hervor, daß es zunächst die auswärtige Politik definiert, die allen Teilen der Internationale gemeinsam ist; daß sie ferner in der gewählten Vielgestaltigkeit alle Möglichkeiten, aber keine besondere Form der proletarischen Aktion gegen den Krieg vorsieht und mithin auch keine Aktionsform ausschließt; und daß sie endlich die Einheit und die Macht der Aktion der Arbeiterklasse aller Länder klar und unzweideutig betont. Und demselben Gedankengange gab Adler Ausdruck durch die Worte: »Zum ersten Male — und das wird die geschichtliche Bedeutung des Kongresses sein — geben wir nicht nur Ausdruck der Verdammung, erlassen wir nicht nur den Ausdruck der Energie, sondern mit klaren Worten und in bestimmten Sätzen geben wir die Richtungslinien für die proletarische Politik aller Länder, und was das wichtigste ist, wir sind darüber vollkommen einig!«

Diese unverbrüchliche Einigkeit und Geschlossenheit trat in der Aussprache über das vorgeschlagene Manifest in Erscheinung, in der die Vertreter der Nationen ihre Zustimmung zu der Kundgebung erklärten. Sie schloß mit der einstimmigen begeisterten Annahme des Entwurfs.

Damit hatte der Kongreß seine Aufgabe erfüllt. Unser alter Bebel brachte ein begeistertes aufgenommenes dreimaliges Hoch auf die Internationale der Arbeit aus. In seiner Schlußrede knüpfte der Vorsitzende des Kongresses, der schweizerische Parteiveteran Hermann Greulich, an den letzten Satz des Mittelstückes der Badischen h-moll-Messe an, der in deutscher Übersetzung lautet: »Ich warte auf das Auferstehen der Toten und auf das Leben der kommenden Jahrhunderte.« »Das erscheint zunächst«, führte Greulich aus, »als einfaches Dogma; aber der höhere Sinn dieser Worte ist mir erst aufgegangen in der Musik unseres großen Altmeisters Johann Sebastian Bach. Zuerst klingen die Worte ganz in dem schaurigen Ton der konventionellen Musik, aber dann setzen Trompeten ein und sie stimmen rasch aufeinanderfolgend, wie jaudizend, noch einmal an: *Exspecto resurrectionem mortuum* — und dann folgt, wie ein Jubelruf: *Et vitam venturi saeculi*. Da sagte ich mir: Das ist ja unsere Hoffnung, die von Millionen von Proletariern gehährt wird. Die uns noch fernstehen, die wie ein Bleigewicht an unserer Bewegung hängen, das sind die Toten, die auferstehen sollen. Wir hoffen, nein, wir erwarten die Auferstehung dieser Toten für ein wirklich besseres Leben in kommender Zeit. Das ist der wichtigste Zweck, das letzte Ziel, das uns vorschwebt bei all den mühsamen Arbeiten, die wir haben, das ist die Hoffnung, die uns begeistert und die uns sagt: *Sie werden auferstehen, und wir werden das bessere Leben in der kommenden Zeit sehen!*«

Und mit dem Rufe: *Krieg dem Kriege!* schloß der Kongreß. Die nationalen Kampflieder der Arbeiter aller Länder durchbrausten in allen Sprachen den Saal, und wie eine

Verheißung der Erfüllung dessen, was der Kongreß anbahnte und was das ganze internationale Proletariat einmütig erstrebt, klang dieser Massengesang aus in die zukunftsreichen Worte:

*Mit uns das Volk,  
Mit uns der Sieg!*

## Rundschau.

**Fauler Zauber!** Das Organ des Schutzverbandes »Deutsches Steindruckgewerbe« bringt in Nr. 22 vom 15. November einen Artikel »Steindruckgewerbe, Groß- und Kleinstadt« als Antwort auf einen Artikel »Rückgang des Berliner Steindruckgewerbes« in Nr. 86 der »Papierzeitung«, der angeblich aus Gehilfenkreisen stammen soll. Trotzdem sich der angeführte Artikel der »Papierzeitung« auf einen solchen der »Graph. Presse« vom 4. Oktober stützt mit der Überschrift »Einiges aus Berlin« stützt und letzterer seine Angaben entnimmt, hat es das Ogan des Schutzverbandes bis jetzt unterlassen, auf den Artikel der »Graph. Presse« einzugehen. Das ist allerdings zu verstehen. Denn die Berliner Unternehmer sind mitschuldig an dem Niedergange unseres Gewerbes in Berlin. Sie haben vieles versäumt, worauf der Artikel der »Graph. Presse« aufmerksam macht. Da man den Inhalt nicht widerlegen kann, so schweigt man ihn tot und beschäftigt sich lieber mit dem Artikel der »Papierzeitung«, der sich jeder kritischen Bemerkung enthält. Natürlich tragen nach dem Schutzverbandsorgan nicht die Unternehmer, sondern die Gehilfen und ihre Organisation die Hauptschuld an dem Niedergange des Gewerbes und der damit verbundenen großen Arbeitslosigkeit in Berlin. Der Verfasser des Artikels im »Deutschen Steindruckgewerbe« meint, daß sich ein sehr großer Teil derjenigen Gehilfen, die in Berlin arbeitslos werden, lieber mit der geringen Arbeitslosenunterstützung durchschlägt und nach Gelegenheitsarbeit sucht, als in der Provinz eine gut bezahlte Stellung anzunehmen. Der Geschäftsstelle des Schutzverbandes sollen fortgesetzt Mitteilungen darüber zugehen, daß in der Provinz ein großer Mangel an geeigneten Gehilfen vorliegt. Man weiß beim Lesen dieser Zeilen nicht, ob man sich mehr über die aus ihnen sprechende Dummheit oder Dreistigkeit wundern soll. Der Verfasser scheint nicht die geringste Ahnung zu haben, wie sehr er sich mit seinem Geschreibsel blamiert. Ihm scheint der »Allgemeine Anzeiger für Druckereien« ein vollständig unbekanntes Ding zu sein, denn sonst müßte er wissen, daß die Unternehmer bei Bedarf von Arbeitskräften, wenn sie den Arbeitsnachweis der Gehilfen nicht benutzen, dort anwerben und Kräfte suchen. Und wer den Druckereianzeiger einigermaßen verfolgt, der wird gefunden haben, daß schon seit Monaten die offenen Stellen für Lithographen — und um solche kann es sich nur handeln, denn die Artikel der »Graph. Presse« und der »Papierzeitung« nehmen ja nur auf die Lithographen Bezug — in sehr geringer Zahl zu verzeichnen sind und daß die Angebote der Gehilfen die Anfrage weit übersteigen. Eine weitere Dummheit ist es, zu behaupten, daß die Berliner Kollegen lieber in Berlin bleiben, als gutbezahlte Stellen in der Provinz annehmen. In unserem Berliner Bureau können Dutzende von Kollegen erfragt werden, die sich seit Monaten erfolglos bemühen, außerhalb Stellung zu erhalten. Und wie ist denn diese beweislose Behauptung mit der eigenen Feststellung der Unternehmer aus der Provinz überein, wonach auch dort Arbeitsmannel, wenn auch nicht in dem Umfange wie in Berlin, vorhanden ist? Das schönste Dabel ist, daß dieses von dem bekannten Verfasser des Artikels im Schutzverbandsorgan früher selbst behauptet wurde. Wann hat er nun der Wahrheit die Ehre gegeben? Die Unternehmer, soweit sie Leser des Schutzverbandsorgans sind, werden sich über die »Objektivität« dieses Herrn im stillen wundern und ihn richtig einschätzen. Mit so einem faulen Zauber schafft man keine Tatsachen aus der Welt.

**Dichtung und Wahrheit.** Die Unternehmer im Lithographie- und Steindruckgewerbe suchen in Groß- und Kleinstädten stets neue Opfer zum Ausbeuten, so viele sie erhalten können. Interessant ist es nun, daß die Unternehmer in Dresden schreiben: »Das Lithographie- und Steindruckgewerbe bietet begabten jungen Leuten eine gut auskömmliche und sichere Existenz sowohl im In- als auch im Auslande,« während zu gleicher Zeit in Leipzig von Unternehmern geschrieben wird: »... Der sich ergebende Ausfall an Beschäftigung zeigte sich in einer zunehmenden Arbeitslosigkeit. Bald konnte man nun im Steindruckgewerbe jene Erscheinungen bemerken, die man eigentlich nur bei aus- oder absterbenden Gewerben findet.« (Leipziger N. N. Nr. 311 vom 8. November 1912.) Also auf einer Seite: »Auskömmliche und sichere Existenz sowohl im In- als auch im Auslande« (Dichtung) und auf der andern Seite: »Ausfall an Beschäftigung, zunehmende Arbeitslosigkeit, aus- oder absterbendes Gewerbe« (Wahrheit). Die Öffentlichkeit wird diese bezeichnende Zwiespältigkeit richtig einschätzen wissen.

**Ein Reifall der Gelben und ihrer Futtermeister.** In dem Artikel »Nürnberger Kanarienvögel« in Nr. 37 der »Gr. Pr.« war auch von dem

Versuch der Firma Löwensohn in Fürth Notiz genommen worden, dem Unterstützungsverein Senefelder Mitglieder unseres Verbandes zuzutreiben. Da unser Vorsitzender in Fürth, Kollege Rieß, mit Recht in dieser Werbearbeit einen Verstoß gegen die Vereinbarung, daß die Schutzverbändler jede Einwirkung auf die Organisationszugehörigkeit der Gehilfen zu unterlassen haben, erblickte, machte er die Öffentlichkeit mit der Handlungsweise der Firma bekannt. Und zwar veröffentlichte er den Brief der Firma an den gelben Verein im Nürnberger Wochenbericht, aus dem wir ihn dann auch in unser Blatt übernahmen. Über diese Veröffentlichung ihrer Korrespondenz war sowohl die Firma als auch der Vorsitzende des gelben Unterstützungsvereins, Herr Möst, für den der Brief bestimmt war, verärgert. Eine eingeleitete Recherche ergab, daß der Brief durch einen Irrtum in die Hände von Rieß gelangt war und daraufhin erstattete Möst gegen Rieß Anzeige wegen Verletzung des Briefgeheimnisses. Da sich Anhaltspunkte für eine Verletzung des Briefgeheimnisses nicht ergaben, wurde diese Beschuldigung bereits im Vorverfahren eingestellt, dagegen eine Klage wegen Unterschlagung anhängig gemacht. Rieß hatte sich hierwegen vor dem Schöffengericht zu verantworten. Der Angeklagte schilderte, daß der fragliche Brief ganz zufällig mit seiner übrigen Korrespondenz in seine Hände kam. Da diese bereits von seiner Frau geöffnet war, so habe er diesen Brief ebenso, wie die übrige Korrespondenz, durchgesehen. Eine Absicht den Brief zu unterschlagen, hatte er nicht. Aber der Inhalt des Briefes interessierte ihn so, daß er eine Veröffentlichung wohl wert war, und nach dieser konnte der Brief in seine rechtmäßigen Hände gelangen, wie ihn auch seine Frau nach Umfluß von 3 oder 4 Tagen wieder herausgeben wollte. Der Verteidiger des Angeklagten, Rechtsanwalt Dr. Süßheim, stellte die vertägliche Frage an den Zeugen Gustav Löwensohn, ob er denn die Behauptung, die beiden Arbeiter mit 51 und 54 Jahren haben sich an die Firma gewandt mit dem Ersuchen, sich für sie bei der gelben Vereinigung zu verwenden, aufrecht erhalten will. Mit gutem Grund mag Herr Löwensohn die Beantwortung dieser Frage mit den Worten, das gehöre nicht hierher, abgelehnt haben; denn wollen Arbeiter einer Vereinigung freiwillig beitreten, so brauchen sie sicherlich ihren Unternehmer nicht als Vormund hierzu. Dr. Süßheim beantragte die Freisprechung des Angeklagten, der sich keiner Unterschlagung im Sinne des Gesetzes schuldig gemacht habe. Den Anzeiger sowie die Firma schmerzte ja auch gar nicht, daß der Brief einige Tage in anderen Händen war, ihre Wut ist vielmehr in der Veröffentlichung des Briefinhaltes zu suchen. Auch das Gericht konnte in der Handlung des Angeklagten das Tatbestandsmerkmal der Unterschlagung nicht finden und sprach ihn frei. Recht geistreich waren die Gesichter des gelben Vertreters und seines Zureiters Herrn Löwensohn gerade nicht als sie aus dem Gerichtssaal abzogen.

**Zur Chromopostkarten-Konvention** äußerte sich eine Outside-Firma dem »Berl. Tagebl.« gegenüber wie folgt: Die Konvention dürfte nach dem 1. Januar eine Rumpfkonvention darstellen, da ein erheblicher Teil bedeutender Firmen, die Chromopostkarten herstellen, der Konvention fernbleiben würden. Außerdem schütze die Konvention nur die billige Ware, während sie beim Verkauf besserer Artikel, die jetzt mehr und mehr in Aufnahme kommen, geradezu ein Hindernis bilde, da die Kunden die teure Ware zum Konventionspreis, der sich nur auf billige Sorten bezieht, kaufen möchten. Da jede Steindruckerei in der Lage sei, Chromopostkarten herzustellen, könnte sich jeder Händler selbst Chromopostkarten anfertigen lassen. Auf diese Weise entstanden unzählige Outsider, die von den Preisfestsetzungen der Konvention profitieren und den Konventionsfirmen die Kunden wegnehmen würden. An effektive Kampfpreise sei auch nach dem 1. Januar nicht zu denken, da die Preise für billigere Sorten schon auf einem außerordentlich niedrigen Niveau ständen. Bei wesentlicher Herabsetzung der Preise würden die der Konvention treu gebliebenen Firmen den größten Schaden erleiden. Eine erhebliche Herabsetzung der Preise sei auch deswegen schwierig, weil bei einer durchgängigen Reduktion der Detailverkaufspreise ein großer Teil der Detailisten infolge zu geringen Verdienstes zugrunde gehen und die Fabrikanten dadurch ihrerseits wieder Verluste erleiden würden. — Demgegenüber wurde dem »Berl. Tagebl.« von konventionsfreundlichen Firmen erklärt, daß sie die Verlängerung der Chromopostkartenkonvention unter Anteilnahme fast aller in Betracht kommenden Firmen als wahrscheinlich ansehen. Die Gefahr, die von den Outsiderfirmen drohe, sei gar nicht so groß, da sich unter den jetzigen Verhältnissen so leicht kein Verleger für Chromopostkarten finden werde. Die Kampfpreise würden so niedrig normiert werden, daß die Outsider entweder würden beitreten oder den Artikel aufgeben müssen. Die Konventionsfirmen würden den Verlust durch erhöhte Produktion und durch erhöhten Absatz wieder ausgleichen können.

**Geschaftsergebnisse.** Die Kunststalt B. Groß, Akt.-Ges. in Leipzig hatte im letzten Geschäftsjahr einen Reingewinn von 111547 Mk., gegen 143069 Mk. im Vorjahre. Es sollen 6 Proz. Dividende (i. V. 9 Proz.) verteilt werden.

**Internationale Ausstellung für Buchgewerbe und Graphik Leipzig 1914.** Von den Ausschüssen, denen die Organisation von Sonderausstellungen der Internationalen Ausstellung für Buchgewerbe und Graphik Leipzig 1914 obliegt, hat sich als erster der Frauen-Ausschuß konstituiert. Dieser wird die Sonderausstellung: Die Frau im Buchgewerbe bearbeiten und hierbei soll die Betätigung der Frau auf dem gesamten Gebiete von Buchgewerbe und Graphik in folgenden 12 Gruppen vorgeführt werden: 1. Geschichtliche Abteilung, 2. Freie und angewandte Graphik und Buchkunst, 3. Unterricht, 4. Buch- (Papier- und Farben-) Erzeugung, Buchbinderei und dergl., 5. Schreibwesen, 6. Photographie und Reproduktionstechnik, 7. Buch- und Kunsthandel, 8. Musik, 9. Presse, 10. Reklame, 11. Bibliotheks- und Sammelwesen, 12. Soziales. — Auch die Reichsdruckerei und das Reichspostmuseum werden mit je einer Sonderausstellung vertreten sein. Ebenso haben bereits 15 deutsche Großstädte ihre Beteiligung bestimmt in Aussicht gestellt.

**Die Buchdrucker und Schriftgießer in Berlin** feierten dieser Tage das fünfzigjährige Bestehen ihrer Organisation. Am 2. Dezember 1862 durch 53 Buchdruckergehilfen zur Pflege des Unterstützungswesens, zur Verbesserung der Lohn- und Arbeitsbedingungen und zur geistigen Hebung der Mitglieder begründet, hat der Verein Berliner Buchdrucker und Schriftgießer allen Widerständen zum Trotz eine prächtige Entwicklung durchgemacht und ununterbrochen für die Erfüllung seiner ursprünglichen Aufgaben und Ziele gewirkt. Heute umfaßt er den überwiegenden Teil der Berliner Berufsangehörigen. Er ist Vorort des Verbandes der deutschen Buchdrucker seit dessen Begründung am 20. Mai 1866, an der er hervorragenden Anteil hat.

**Tarifkündigungen in der Holzindustrie.** Der Arbeitgeberschutzverband für das deutsche Holzgewerbe, der dem Reichsbund baugewerblicher Arbeitgeberverbände angeschlossen ist, hat für 50000 Beschäftigte in 53 Städten die Tarifverträge zum 15. Februar 1913 gekündigt. Er hat das tun müssen in Verfolg der scharfmacherischen Pläne genannten Bundes, die nunmehr greifbare Gestalt anzunehmen beginnen. Wiederholte Beratungen und Konferenzen von Vertretern der Vertragsparteien in den letzten Wochen haben diesen Schritt nicht aufzuhalten vermocht. Der Arbeitgeberschutzverband für das Holzgewerbe ist dazu bestimmt, dem ersten Vorstoß gegen die Arbeiter in der vom »Reichsbund« angestrebten Richtung zu führen, er mußte daher jeder Verständigung gefesseltlich aus dem Wege gehen. Ihm soll der Hauptverband deutscher Arbeitgeberverbände im Malergewerbe folgen.

**Aus dem Auslande.** In Prag fand kürzlich die konstituierende Generalversammlung der »Graphischen Bank« statt. In den Verwaltungsrat wurden die nachstehenden Besitzer von Druckereien gewählt: Al. Wiesner, G. Greg, Ed. Beaufort, V. Kotrba, Ed. Leschner, sämtlich in Prag, A. Gschihay in Eger, R. Kraus in Aussig, W. Stiebel in Reichenberg und R. Strache in Warnsdorf. Die Bank ist als Aktiengesellschaft mit einem Kapital von 2 Millionen Kronen projektiert. — Von einigem Interesse ist die Zusammensetzung des Verwaltungsrates. Die Besitzer der radikalnationalen böhmischen Zeitungen beider Nationalitäten sitzen einträchtig beisammen, um neue Profitmöglichkeiten für sich zu schaffen. Den Arbeitern aber lassen sie in ihren Blättern die »Notwendigkeit« der nationalen Gegnerschaft predigen und — was das Traurigste ist — es finden sich unter diesen noch immer welche, die auf diese Predigten hören.

## Politische Monatsschau.

Berlin, den 25. November 1912.

Eine Analogie zum russisch-japanischen Kriege. Geheimbund der Balkanstaaten? Heimliche Kriegsvorbereitungen. Falsche Spekulation der Großmächte. Niederlage und Friedensbedürfnis der Türkei. Österreichs Intrige. Internationale Friedensdemonstrationen und preußische Schikanen. Die Teuerung im preußischen Landtage. Reichstagswiederzusammenritt.

Als vor acht Jahren Japan die russischen Truppen aus der Mandschurei vertrieb und die russische Flotte vernichtete, staunte alle Welt. Nicht nur wurde die innere Fäulnis des zarischen Absolutismus offenkundiger als je, man bekam auch Respekt vor dem kleinen Japan, dem man bisher weniger Beachtung geschenkt hatte und das sich in aller Stille vorbereitete, in die Reihe der Großmächte einzutreten. Einen ähnlichen Vorgang erleben wir heute auf der Balkanhalbinsel. Unter gültiger Mitwirkung der europäischen Großmächte — Deutschland, England, Frankreich, Italien, Österreich und Rußland — hatte man 1878 auf dem Berliner Kongreß der Türkei verschiedene Teile amputiert und den Balkanstaaten ihre Gebiete zugewiesen. Diese waren nur so groß, daß sie als selbständige Staatswesen gerade noch so hinvegetieren konnten und sich in ständiger Abhängigkeit von einer der Großmächte befanden. In dem Berliner Vertrag glaubte man die Gewähr geschaffen zu haben, daß die Aufteilung der Türkei eine Sache der Großmächte werden würde, und daß bei der Aufrollung der Balkanfrage die Balkanstaaten nur als Teilungsobjekte in Frage kämen. In der kurzen Zeit der letzten fünf Wochen hat sich diese Spekulation, an deren Richtigkeit man drei Jahrzehnte lang felsenfest glaubte, als total verfallen erwiesen. Die witzelnden Bemerkungen

über die »Hammeldiebe« sind nach deren Slogans auf der ganzen Linie verstümmelt. Mit ihnen aber auch das lächerliche Gelärme der Diplomaten über die Aufrechterhaltung des status quo, das zwar vor einigen Wochen aus andern Gründen um die Völker über den bedrohten Weltfrieden zu beruhigen — erhoben wurde. Dagegen scheint die Parole der internationalen Sozialdemokratie: der Balkan den Balkanvölkern, ihrer Erfüllung näher zu kommen.

Auf einmal stellt sich nun auch heraus, daß der Balkanbund den jetzt geführten Schlag von langer Hand vorbereitet haben mag. Daß sich die Balkanstaaten in ihren Grenzen nicht wohlfühlten und begehrt nach den anliegenden Gebieteilen der Türkei schielten, war ja kein Geheimnis. Dagegen nimmt die Wahrscheinlichkeit einer seit Jahren bestehenden Verständigung unter den Balkanfürsten nach Angaben eines französischen Statistikers die Gestalt einer Tatsache an, von der man keine Ahnung hatte.

Während der Berliner Vertrag die Diplomaten über die Ohnmacht der Balkanstaaten in Sicherheit wiegte, haben diese ihre Kriegsrüstungen seit 1907 ganz bedeutend verstärkt. Die Mehrbestellungen von Kriegsgerät in Frankreich setzten im Jahre 1907 bei Bulgarien, Serbien und Griechenland so überraschend gleichzeitig ein, daß an einer Verständigung zwischen den drei Staaten kaum ein Zweifel übrig bleibt. Um so weniger, als sich von dem Zeitpunkt an auch ihr Anleihebedürfnis pünktlich übereinstimmend ganz enorm steigerte. Die Anleihesummen in den fünf Jahren 1907—1911 betragen im Verhältnis zu denen im gleichen Zeitraum vor 1907 bei Bulgarien über das Doppelte, bei Serbien das dreifache und bei Griechenland das dreieinhalbfache. Darüber scheinen sich jedoch die europäischen Regierungen weiter keine Gedanken gemacht zu haben und sie sehen nun die im Sacke geglaubten Felle fortzuschwimmen.

Nach den in den letzten Wochen gewonnenen Erfahrungen stimmt aber auch ein anderer Posten in der Rechnung nicht. Die nationale Wiedergeburt der Türkei hat sich als purer Schwindel erwiesen, verbreitet von türkischen Machthabern zur Abschreckung gegen die Raubgeiße der christlichen Staaten Europas. Solange nicht eine Aufteilung des Balkans unter die Großmächte in Frage kam, glaubte man wenigstens in der bis vor kurzem als feststehende Tatsache hingegenommenen Überlegenheit der Türkei über die jetzigen Verbündeten eine Garantie für die Erhaltung des bestehenden Zustandes zu haben. Nach dem erfolgreichen Vordringen der Angreifer ist jedoch auch diese Hoffnung zu schanden geworden.

Auf allen Punkten sind die Türken zurückgewichen, das Feld den Feinden überlassend. Besonders das tollkühne Vorgehen der Bulgaren auf dem östlichen Kriegsschauplatz hat die Niederlage der Türkei fast zu einer vollständigen gemacht. Von den bulgarischen Kanonen und Gewehren in die Flucht geschlagen, durch Munitionsmangel und Proviantmangel wehrlos und widerstandsunfähig gemacht hat sich das türkische Heer in beispielloser Panik bis auf fünfzig Kilometer vor Konstantinopel in die Tschataldscha-Linie zurückgezogen. Von türkischer Seite wird zwar viel von energischem Widerstand, Verstärkung durch asiatische Truppen und besserer Versorgung mit Munition und Proviant in die Welt posaunt. Der stärkste Feind, der die Bulgaren von weiterem Vordringen abhält, ist aber wohl die unter den Türken ausgebrochene Cholera. Schon zu Anfang dieses Monats hat die Türkei um die Vermittlung der Mächte ersucht. Am 14. November war die Verständigung endlich soweit gediehen, daß die Vertreter der Großmächte in Sofia vorstellig wurden, um dort mitzuteilen, daß die Türkei den Frieden wünsche. Damit krönte die Diplomatie ihre Blamage selbst, denn am Tage vorher hatte sich die türkische Regierung mit ihrer Friedensbitte schon direkt an Bulgarien gewandt.

Es ist klar, daß nach dem siegreichen Vordringen der Heere des Balkanbundes, das ihnen wohl selbst unverhofft kam, von den ursprünglichen Forderungen: Reformen in Mazedonien — keine Gebietsverweiterung, keine Rede mehr ist. Ebenso erklärlich ist es, daß die europäischen Regierungen nicht mehr die Frage des status quo bedrückt, sondern die, welche Gebiete dem Balkanbunde zufallen werden.

Österreich ist es zunächst vor allem, das sich in der Rolle des betrübten Lohngewerks noch gar nicht gefallen will. Es sieht seinen Traum von Saloniki zerrinnen und möchte wenigstens die Festsetzung Serbiens an der Adria verhindern. Dasselbe Österreich, das eine Spezialität im Unterdrücken von Nationen ist, wirft sich als Beschützer der nationalen Selbständigkeit Albanien auf! Da Deutschland und Italien ihren Bundesgenossen in seinen Forderungen unterstützen, ist auch heute noch die Gefahr eines europäischen Krieges nicht beseitigt. Die Kundgebungen, die am 17. November in allen europäischen Großstädten gegen den Krieg stattfanden, sind darum noch nicht zu spät gekommen. Das gilt auch von dem am 24. November in Basel zusammengetretenen Kongreß des internationalen Proletariats.

Eine Nebenständigkeit bei den beiden letztgenannten Veranstaltungen zeigen wieder einmal die Rückständigkeit Preußen-Deutschlands mit Ein-

schluß der freien Hansastadt Hamburg in ihrer ganzen Glorie. Als sich im vorigen Jahre die deutsche Regierung gelegentlich der Marokkokrise gehörig in der Klemme befand, durften in der Hasenheide die Vertreter der französischen Arbeiter ungehindert über die Friedensbestrebungen und den Abscheu des Proletariats vor dem Kriege in ihrer Landessprache sprechen. Heute, wo es sich darum handelt, wieder für den Weltfrieden zu demonstrieren, erachten es der Berliner Polizeipräsident und der preußische Minister des Innern für dem Reichsinteresse widersprechend, wenn in den Berliner Versammlungen englische und französische Friedensmahnungen erklingen. Die Hamburger Polizei aber warnt vor Friedenskundgebungen auf der Straße und droht gegen solche mit dem Säbel vorzugehen. Und zu gleicher Zeit beschließt der Baseler Kirchenrat auf Antrag von Sozialdemokraten, dem internationalen Friedenskongreß das Baseler Münster zur Verfügung zu stellen. Geistliche, darunter positive, bezeichnen es als ein schweres Manko der Kirche, wenn sie dieser ersten Kundgebung des Friedens kleinliche Hindernisse in den Weg legen wollte. Preußen und die Schweiz! Unsere Bureaucraten, Junker und Pfaffen würden glauben, die Welt müsse untergehen, wenn Sozialdemokraten in einer Kirche tagen würden. Halten sie doch schon den Landtag für entheilig, wenn Sozialdemokraten dort einziehen.

Man wird sie verstehen, wenn man in Betracht zieht, daß sie ihren Besitz und ihren Profit als etwas Unantastbares, Heiliges ansehen, und im preußischen Landtage die Institution erblicken, die ihnen die Erhaltung dieses Heiligums durch Gesetze sichern soll. Wie haben sie gejubelt, die Herren Agrarier, als die preußische Regierung ihren berühmten Erlaß zur Erleichterung der Fleischnahrung in die Welt gehen ließ. Am liebsten hätten sie Herrn von Behrman sofort seines Amtes enthoben. Und wie fein sitzamt und ruhig blieben sie, als der Herr Kanzler ihnen im Landtage versicherte, daß ihr dreimal geheiligter Profit nicht bedroht sei, daß es sich nur um vorübergehende Maßnahmen handle, die sofort wieder rückgängig gemacht würden, wenn der Seuchenstand im Ausland es erfordere, daß weitergehende Erleichterungen nicht geschaffen werden, die bewilligen aber im Interesse der Gesunderhaltung des gesellschaftlichen und staatlichen Lebens notwendig waren, daß an der bisherigen, den Agrariern und Industriellen hohe Profite verschaffenden Wirtschaftspolitik kein Deut geändert werde, etwas aber getan werden mußte, um die Bevölkerung der Städte zu beruhigen, ohne den Agrariern zu schaden. Da waren sie wieder zufrieden mit ihrem Geschäftsführer auf dem Ministerstempel. Die Klagen des sozialdemokratischen Abgeordneten Ströbel über die Unzulänglichkeit der Regierungsmaßnahmen, die Schilderungen der Not des Volkes rührten nicht sie, nicht den Kanzler und noch weniger den Landwirtschaftsminister. Dieser, der sich mit mehr Berechtigung einen Landwirtschaftsminister nennen sollte, verstieg sich sogar zu der Provokation: eßt Kartoffeln und Gemüse, und nicht Fleisch, Fische und immer wieder Fleisch. Es war nicht mehr und nicht weniger als eine Komödie, eingeleitet von den Nationalliberalen, nicht zu vergessen.

Im Reichstage, der am 26. November zusammentritt, werden wir eine andere Sprache hören. Dort wird sich die Regierung zu verantworten haben wegen ihrer Scheinmaßnahmen gegen die Nahrungsnot, ihrer Unterstützung der wahnsinnigen Pläne Österreichs und was sich sonst noch auf ihr Konto im Laufe der verflochtenen Monate angesammelt hat. Vorausgesetzt, daß sich nicht die Fortschrittler, die im Landtage immerhin einige energische Töne fanden, zu den Nationalliberalen schlagen und einer ausreichenden Debatte den Garaus machen. Das Bündnis ihrer demokratischen Führer mit den Nationalliberalen Würtembergs zu den Landtagswahlen, die übrigens am 16. November im ersten Wahlgange stattfanden und trotz des Parteihaders der Sozialdemokratie erheblichen Stimmenzuwachs brachten, berechtigt zu allen trübenden Erwartungen.

ag.

## Eine neue Gewerkschaftsstrategie?

II.

Die englischen Gewerkschaften waren einst die Vorbilder für die gewerkschaftliche Organisation der Arbeiter anderer Länder. Auch die deutschen Gewerkschaften pflegten anfangs der 1890er Jahre auf England als das Musterland gewerkschaftlicher Arbeiterorganisation hinzublicken. Gelernt haben wir von den Engländern die Grundsätze hoher Beiträge, guter Unterstüzungseinrichtungen und der vertraglichen Regelung der Arbeitsverhältnisse. Aber nur die Grundsätze an sich, in ihrer Durchführung sind die deutschen Gewerkschaften eigene Wege gegangen. Die vorteilhafte Einwirkung einer geklärten sozialistischen Auffassung zeigt sich bei jedem Vergleich englischer und deutscher Gewerkschaftseinrichtungen. In England entspricht die Durchführung gewisser Einrichtungen lediglich den Bedürfnissen des Tages und der Berufskaste, in Deutschland werden stets die weiteren Ziele der Arbeiterklasse berücksichtigt. Daher sind die

Unterstützungen in den deutschen Gewerkschaften keine patriarchalischen Wohlfahrtsinstitutionen, sondern systematisch ausgebauter Kampfsmittel geworden, die Organisation eine solche des Kampfes und die Tarifverträge kein Prinzip, mit dem die Gewerkschaften stehen und fallen, sondern Einrichtungen der Zweckmäßigkeit. Die deutschen Gewerkschaften sind gewohnt, als Klassenorganisationen aufzutreten; in England dominiert gewerkschaftlich die Berufskaste. Das ist die Erklärung für die organisatorische Zersplitterung der englischen Gewerkschaften.

Eigenartigerweise sollte aber gerade in England eine neue Kampfmethode zuerst zur Anwendung kommen, die eine starke Zentralisation der Kräfte zur Voraussetzung hat: Die gewerkschaftliche Massenaktion. Das ist aber nur scheinbar eine Inkonsequenz. In Wirklichkeit ist es sehr natürlich, daß dort, wo die theoretische Klärung fehlt, die Stimmung für Experimente eine größere ist. Es ist nicht von ungefähr, daß es die englischen Transportarbeiter waren, die zuerst mit der neuen Taktik begannen. Diese Arbeiterkategorie ist, wenn man von den Eisenbahnern absieht, bisher mangelhaft organisiert gewesen. Auch eine Folge spezifisch englischer Organisationsentwicklung. Lange Zeit hindurch bildeten unsere Hafengewaltigen nach den englischen Häfen, wenn es galt, Streikbrecher heranzuziehen. Die Shipping Federation, der Unternehmerverband, regierte absolut in der englischen Seefahrt. Und diese Unternehmerkaste verstand es ausgezeichnet, die moderne Sklaverei rücksichtslos durchzuführen. Bis dann schließlich den unterdrückten Massen die Geduld riß und ein plötzlicher Ausbruch von der Stimmung in der Tiefe Kunde gab. Eine Brande nach der andern stellte die Arbeit ein: das Prinzip des Sympathiekampfes hatte sich mit einem Schlage auf der ganzen Linie durchgesetzt. Die Größe des Kampfes überrumpelte die Unternehmer, der Erfolg der Arbeiter war durchschlagend. Die jüngst noch rechtlosen Massen triumphierten. Im ganzen Transportgewerbe zu Wasser und zu Lande wurden zum Teil auch durch den Druck der öffentlichen Meinung und der Regierung erhebliche Verbesserungen der Arbeitsverhältnisse erzwungen.

Es folgte der erhebende Kampf der Bergleute im letzten Winter. Auch hier der Massenausbruch auf der ganzen Linie, der die englische Nation bis in ihre Tiefen aufwühlte und die Gesetzgebung zum Einschreiten zwang. Der gewerkschaftliche Massenkampf bekam politische Konsequenzen, er war zum politischen Kampf geworden. Anscheinend also eine Bestätigung syndikalistischer Theorie, wonach nur die wirtschaftliche Massenaktion, plötzlich und unbedenkbar ausbrechend, Hilfe bringen kann, nicht aber der politische Schacher der Arbeitervertreter im Parlament.

Allein die Sache hat einen Haken. Zur Zeit dieser Kämpfe regierten in England die Mittelschicht sowie die Kreise der Exportindustrie und des Handels. Diese Partei bedarf, um sich am Ruder zu halten, zunächst der Unterstützung der Arbeiter. Weiter haben die von ihr vertretenen Volksschichten kein Interesse an einem Sieg der in Frage kommenden Unternehmer, wohl aber an einer ruhigen Abwicklung ihrer Tagesgeschäfte. Sie wurden hierin gestört durch die großen Ausstände, bei denen das moralische Recht zweifellos auf Seiten der Arbeiter lag. Und bei der großen Transportarbeiterbewegung war auch der politische Horizont getrübt, die Marokkoaffäre war ihre drohende Schatten über das politische Leben. Die regierende Mittelpartei hatte also gute Gründe für ihre Haltung. Auch beim Bergarbeiterausstand war weniger ihre soziale Einsicht als politische Rücksicht maßgebend.

Wie ganz anders hat sich das alles gestaltet beim letzten Kampf im Londoner Hafen. Die Regierung hat zwar im Vergleich zu dem üblichen deutschen Verfahren sich noch relativ unparteiisch verhalten, sie hat zu vermitteln gesucht und unter bestimmten Bedingungen gar ihre Dienste auch in anderer Hinsicht angeboten. Aber einen Druck auf die Unternehmer auszuüben, dazu reichte es diesmal nicht aus. Kriegerische Verwickelungen drohten nicht, die Aktion der Londoner Hafenarbeiter fand nicht einmal die genügende Unterstützung der englischen Arbeiterklasse, geschweige denn der Volksschichten, deren Vertretung die liberale Regierung ist. Die übrigen Transportarbeiter des Landes lehnten die Sympathieaktion ab, ja man hat nicht einmal die zur Unterstützung der 56 000 Streikenden nötigen Gelder unter 2½ Millionen organisierten Arbeitern aufzubringen vermocht. Streikbrecher standen in großer Zahl zur Verfügung; selbst wenn man annehmen will, daß deren Qualifikation minderwertig war, so ändert das an der Tendenz nichts. Die Aktion der Masse hat eben ganz besondere Voraussetzungen zu ihrem Erfolge nötig. Wo diese fehlen, ist ein ungenügend organisierter Klassenkampf von vornherein verloren.

Diese Voraussetzungen sind sowohl wirtschaftlicher als politischer Natur. Besondere politische Situationen, inner- oder außenpolitische, können die öffentlichen Gewalten zwingen, für die Gewährung der Arbeiterforderungen einzutreten und ihre Autorität dafür aufzubieten. Eine besondere wirtschaftliche Situation kann das Unternehmertum selbst zur Nachgiebigkeit zwingen, sie kann auch die öffentliche Meinung auf die Seite der Arbeiter





## Allgemeines.

Teil für die gemeinsamen Interessen aller Sparten des Berufs.

### Mauerblümchenpolitik.

Die neueste Erhebung über die wirtschaftliche Lage des deutschen Faktorenstandes ergab hinsichtlich der Gehaltsverhältnisse folgendes Resultat: Es beziehen an Gehalt

unter 2000 Mk.	53 Faktoren
von 2001—2400	259
„ 2401—2750	214
„ 2751—3000	146
„ 3001—3250	85
„ 3251—3500	82
„ 3501—4000	98
„ 4001—4500	39
„ 4501—5000	27
über 5000	42

Es soll zugegeben werden, daß der Bundesvorstand mit dieser Erhebung eine anerkannt wertvolle Leistung vollbracht hat, jedoch ist es mehr als fraglich, ob er nun auch die selbstverständlichen Konsequenzen daraus zieht und für die 526 Faktoren, die bis zu 2750 Mk. jährliches Gehalt verdienen, bei den Unternehmern mit dem nötigen Nachdruck wegen Erhöhung der Gehälter vorgehen wird. Durch Mauerblümchenpolitik ist eine Verbesserung der wirtschaftlichen Lage der Faktoren nicht zu erreichen, schrieb neulich ein Faktor in dem Verbandsorgan. Das Wahrscheinlichere ist, daß der Bundesvorstand mit der Statistik zur zünftigen Wahrung der Standesinteressen ein hübsches Hornberger Schießen veranstalten wird. Ja, es wird ihm auch kaum etwas anderes übrig bleiben, denn die Statistik war anonym. Die Faktoren verhindert die ganz unpraktische falsche Scheu, einen statistischen Fragebogen mit ihren Namen zu versehen; oder nötigt sie das, was sie so oft als Kollegialität bezeichnen, zu gegenseitigem Mißtrauen? Sonst wäre schon die Beteiligung an der Umfrage nicht so kläglich ausgefallen: von 2031 ausgegebenen Fragebogen wurden 1105 beantwortet. Wir können hier nur wiederholen, was wir schon öfter ausgeführt haben: daß einzig die Gehilfenorganisation berufen ist, die Faktoren, die aus ihren Reihen stammen, zu aufgeklärten Männern zu erziehen.

Wie richtig und nötig das ist, bewiesen z. B. wieder die Wahlen der Vertrauensmänner zur Angestellten-Versicherung. Der Faktorenbund war für Ausbau der Invaliditätsversicherung; man mußte also annehmen, daß er einmütig die Liste der »freien Vereinigung« gewählt hätte. Das scheint aber keineswegs der Fall zu sein. Auch hier scheint ganz dieselbe Zielunklarheit und Planlosigkeit geherrscht zu haben, wie wir sie von unserm Standpunkt schon öfter zu zeichnen Gelegenheit hatten. Während man hier gemeinsam mit den fortgeschrittenen Gruppen der vereinigten Werkmeistervereine für die Liste der »freien Vereinigung« eintrat, leistete man dort dem reaktionären Hauptausschuß Vorspanndienste und suchte Stimmen zu erhalten für den »Deutschen Werkmeisterverband«, der in seinem Flugblatt so anmaßend schreibt: »Wer standesbewußt ist, vertritt unser Programm.« Warum hat der Vorstand, wenn es ihm Ernst ist mit seinen Bestrebungen für Ausbau der Invaliditätsversicherung, nicht kurz vor den Wahlen noch einmal eindringlich seine Gründe in der Faktoren-Zeitung oder in einem Flugblatt geltend gemacht? Das wäre eine leichte Arbeit gewesen, die der besoldete Sekretär hätte erledigen müssen. Angesichts des drohenden Inkrafttretens eines Gesetzes, unter dem die Faktoren noch oft genug seufzen werden, hätte jede Stimme zur Verbesserung sorgsam gesammelt werden müssen. Sollte vielleicht für derartige Arbeiten keine geeignete Kraft im Vorstand sitzen, so brauchen sich die Herren nur an die Gehilfen zu wenden, die können's, und werden sicher auch gern

bereit sein, den Vorstand bei sozialpolitischen Dingen rechtzeitig zu ermuntern.

Jüngst ärgerte sich ein Faktor in »seinem« Bundesorgan über die Unfruchtbarkeit der Kreisversammlungen. Er will mehr ernste Arbeit als Vergnügen, und es müsse ein Referent aktuelle sozialpolitische Fragen behandeln. In der gegenwärtigen Form seien die Kreistage das viele Geld nicht wert. Der Mann hat Recht, aber er kam schön an. Die bekannte Faktoren-Kollegialität fand ihre Wächter, die derart über den mißvergnügten Kritiker herfielen, daß er wahrscheinlich nicht so bald wieder die Kreisversammlungen bekräftelt. Die guten Leute verlangen von einer richtigen Kreisversammlung die schnelle Erledigung einer möglichst kurzen Tagesordnung und einen möglichst lang ausgedehnten unterhaltenden Teil. Sehr schön! Wie wär's denn, wenn anstatt der Kreisversammlungen allgemeine Kreis-Skatspiele und Kreis-Kegelschübe stattfänden? Welche ungeahnten Möglichkeiten würden da der echten Kollegialität erblühen! Und wie unsagbar reizvoll wäre es, wenn z. B. die wichtigsten Bundesämter, etwa die des Redakteurs oder des Bundesvorsitzenden, durch ein allgemeines »kollegiales« Preisknobeln bestellt würden!

Ein anderer Mißvergnügter appellierte an seine »lieben Kollegen«, die regelmäßigen Monatsversammlungen fleißiger zu besuchen, und klassifizierte die indifferenten Mitglieder wie folgt: »... eine Anzahl Mitglieder, die infolge ihrer Fähigkeiten oder durch besondere Glücksumstände in einflußreichere und höher bezahlte Stellungen aufgerückt sind und die sich — leider ist's Tatsache — im Kreise der Kollegen, die sich zum Teil in minder bevorzugten Stellungen befinden, nicht mehr wohlfühlen. Oder des einen oder andern politischer, religiöser oder Organisationsstandpunkt (hier stock' ich schon! Der Verf.) stimmt mit dem einiger anderer Mitglieder nicht überein, ... wiewohl er sich doch sagen sollte, daß in unserm Bunde keinerlei religiöse oder politische oder sonstige Tendenz die Vorhand hat und nur die Pflege der Kollegialität, die Wahrung und Förderung der Standesinteressen sowie die Unterstützung der Mitglieder in vielen Lebenslagen Hauptzweck unseres Bundes sind.« Die Unterstützungseinrichtungen des Faktoren-Bundes in allen Ehren — aber ihre Auffassung von der Pflege der Kollegialität sollten die Herren baldigst einmal revidieren; die Biedermeierzeit ist längst vorüber. Und was die Wahrung und Förderung der Standesinteressen betrifft, so müssen die Herren, wenn das Wort nicht in der Phrase stecken bleiben soll, dazu notwendig den Standpunkt des reinen Unterstützungszwecks verlassen; sie werden, wie wir das schon früher ausführlich erörtert haben, genau wie die Gehilfen auf einen anderen Organisationsstandpunkt gedrängt, und zwar auf den einer Kampforganisation gegen die Unternehmer, gegen die der Bund ja ohnedies schon Rechtsschutz gewährt bei gewerblichen Streitigkeiten.

Eine Förderung der Standesinteressen wäre es z. B. wenn der Faktorenbund für die oben erwähnten 526 Mitglieder eine Gehaltserhöhung fordern würde. Die Faktoren würden dabei sofort erkennen, daß sie aus eigener Kraft garnicht imstande sind, in jeder Hinsicht ihre Standesinteressen zu wahren und zu fördern. Denn was wollen wohl die paar Faktoren, die »schwankenden Gestalten«, wenn die Unternehmer, was mit Sicherheit anzunehmen ist, ihre Forderung einfach ablehnen? In die Versammlung laufen und »Mauerblümchenpolitik« treiben und mit der Faust in der Tasche sich als die auserlesenen Stellvertreter der Prinzipale fühlen und ausgiebig die Interessensharmonie zwischen Angestellten und Unternehmern diskutieren!

Man muß sich wundern über eine so dankenlose Platitude: »Keinerlei sonstige Tendenz hat die Vorhand.« Die Tendenz, die die Vorhand hat, ist ausgedrückt durch den Spruch:

Wes Brot ich eß, des Lied ich sing! Mit andern Worten: Unterwürfigkeit vor den Unternehmern und Überhebung über die Arbeiter! Und was die Herren Standesinteressen heißen, ist bloß Standesdünkel. Gesetz den Fall, zwischen den Gehilfen und den Unternehmern beständen irgendwelche Differenzen, dann würden die Faktoren als die angeblich »natürlichen Partner« der Prinzipale ohne Zweifel auch in ihren Versammlungen Partei nehmen gegen die Gehilfen. Das ist ihre Tendenz! Und wenn es da Mitglieder gibt, die wegen solcher Tendenz die Versammlungen meiden, so ist uns das eine Genugtuung. Wenn es dann weiter »leider Tatsache« ist, daß es Faktoren gibt, »die infolge ihrer Fähigkeiten oder durch besondere Glücksumstände in besser bezahlte Stellungen aufgerückt, sich bei ihren weniger bevorzugten Kollegen nicht mehr wohl fühlen,« so ist das nur eine Wiederholung dessen, was die Herren, sobald sie Faktoren geworden sind, zur Wahrung ihres Standesdünkels gegenüber den Gehilfen tun. Also wozu der Lärm?

Vielleicht interessiert es unsere Leser, zu erfahren, daß die Berliner Buchdruckereibesitzer in Erwägung gezogen haben und demnächst darüber beschließen wollen, ob der jährliche Zuschuß in die Faktorenkasse wegfallen soll. Die »wohlwollenden« Unternehmer empfinden nämlich diesen Zuschuß im Hinblick auf das am 1. Januar 1913 in Kraft tretende Versicherungsgesetz für Angestellte als eine »überflüssige Belastung der Prinzipale«. Das bedeutet allein für Berlin mit seinen ca. 300 Mitgliedern einen Einnahmeausfall von ca. 3600 Mk. — trotz aller »Mauerblümchenpolitik«.

### Brief aus Eiberfeld.

Die Firma Koch & Palm, Lithographische Kunstanstalt in Eiberfeld, ist in der deutschen Kollegenschaft so nach und nach bekannt geworden. Seit zwei Jahren hat sich in dieser Firma die sogenannte christliche Organisation breit zu machen versucht, wobel sie von den Unternehmern und ihren Helfershelfern tatkräftig unterstützt wurde, die sich mit allen Mitteln um die Großpäpplung dieses Quertreiberverbandes durch die Zuweisung ihrer Lieblings- und gedulden Schächten bemühten. Wer sich dem »christlichen« Verbändchen anschloß, wurde bei jeder Gelegenheit bevorzugt, wie folgende Vorkommnisse beweisen.

In letzter Zeit wurde das gesamte Personal der Firma wegen schlechter Lage des Geschäfts gekündigt. In den Kündigungsbriefen wurde noch mitgeteilt, daß eventuell während der 14tägigen Kündigungsfrist die Kündigungen wieder zurückgezogen werden könnten. Nun kam für jeden Kollegen eine zwei Wochen lange spannende Zeit. Bei den Buchbindern wurden die Kündigungen tatsächlich zurückgezogen und in den übrigen Abteilungen wurde eine sorgfältige Auslese gehalten. Das Hilfspersonal wurde, soweit es organisiert war, sofort entlassen. Bei der Auslese kamen ganz erstaunliche Sachen zum Vorschein.

Unsre Kollegen waren bemüht, sich so schnell wie möglich andere Stellungen zu besorgen, und Dank unserer Arbeitsvermittlung konnten auch noch vor Ablauf der Kündigungen 8 Kollegen anderwärts untergebracht werden. Aber die Herren »Christen« rührten und regten sich nicht. Daraus war zu erkennen, daß das Kündigungsmanöver nur dem Zwecke galt, unserer Organisation eins auszuwaschen. Einige Tage vor Ablauf der Kündigungen ging dann der Herr Geschäftsführer mit den Betriebsleitern durch die einzelnen Abteilungen, um strenge Musterung zu halten und die Arbeiter herauszusuchen, die man gern los sein wollte. Und von den 125 Beschäftigten wurden 10 Mann entlassen, die sämtlich unserer Organisation angehörten; um den Schein zu wahren, wurde auch ein »Christlicher« an die Luft gesetzt, der allerdings jetzt schon wieder im Betriebe beschäftigt ist. Zu bemerken ist noch, daß drei unserer entlassenen Kollegen unserer Ortsverwaltung angehörten; darunter befand sich auch der Vorsitzende, der schon 16 Jahre im Betriebe beschäftigt war, während »Christen«, die erst 3 bis 4 Jahre in der Firma tätig sind, mit der Entlassung verschont wurden. Von den Lithographen wurden zwei entlassen, obwohl die Firma so in der Arbeit saß, daß den beiden Entlassenen schon 8 Tage nach der Aufgabe der Stellung Hausarbeit angeboten werden mußte. Von zwei entlassenen Korrekturlithographen ist noch keiner wieder eingestellt; ihre Arbeit soll jetzt durch den — Fabrikportier mit ausgeführt werden.

Erwähnenswert ist noch die Äußerung des Oberlithographen K., daß er gegen keinen Organisierten etwas im Schilde führe; aber es wäre an der Zeit gewesen, mit den Hetzern einmal aufzuräumen. Wer laßt da? Ob Herr K. mit den vermeintlichen Hetzern auch die richtigen getroffen hat?

Die Ursache des Vorgehens der Firma beruht in folgendem: Im vergangenen Jahre waren durch stetiges Drangsalieren des Hilfspersonals durch einen Oberdristen Streitigkeiten entstanden, die zur Arbeitsniederlegung des Hilfspersonals führten. Der Streitfall ist also offenbar auf die liebste Beschäftigung sogenannter geeigneter Christen zurückzuführen, Andersdenkende bei jeder Gelegenheit herunterzumachen. Das Vorkommnis zeigt gleichzeitig, wo die wirklichen Hetzer sitzen! Ehrliche und tüchtige Arbeiter wurden entlassen, aber diese Hetzer sind noch in Betriebe und sie werden ihr Treiben solange fortsetzen, bis den von ihnen drangsalieren Arbeitern der Geduldtsaden reißt. Die Zeiten werden es lehren.

Ob die Firma durch die Unterstützung der christlichen Treiber Vorteile haben wird, wollen wir nicht untersuchen. Sie hat klug zu handeln geglaubt, wenn sie den christlichen Terrorismus noch unterstützte und ihr Mühen an einigen aussergewöhnlichen Opfern dieses Terrorismus kühlte. Das hält natürlich unsere freie Gewerkschaftsbewegung in keiner Weise auf. Sie wird weiter marschieren trotz alledem.

## Der Lithograph.

Teil für die Interessen der Lithographen, Kartographen, graphischen Zeichner u. Maler. Redigiert von Fr. Schaefer, Hannover.

### Das Modenbild als Kunstblatt

Mit der Entwicklung der kapitalistischen Warenherzeugung ist in den Gewerben die alte Volkskunst verschwunden.

Der Kapitalismus zeigt sich in seinem ganzen Wesen als ein Feind der Kunst; wo er in einem Berufe zur Herrschaft gelangt, da unterbindet er jede künstlerische Betätigung. Die Freude an der Arbeit vernichtet er, und die Arbeit selbst macht er zur Sklaverei der Geldgier. Seine Erzeugnisse zeichnen sich daher im allgemeinen durch eine geistlose Häßlichkeit aus.

Daß heute in den Gewerben die Kunst keine Stätte mehr findet, das hat seine bestimmten Ursachen. Man glaubt allgemein, daß diese Erscheinung allein auf die kapitalistische Ausbeutung des Arbeiters zurückzuführen sei. Diese Meinung ist aber falsch; für die Unterbindung der Kunst im Gewerbe kommen noch andre, tiefer liegende Ursachen in Frage.

In der kapitalistischen Werkstatt wird nämlich der Mensch nicht nur ausgebeutet, sondern es wird auch der wichtigste Lebensinhalt des Menschen, seine Arbeit, zu einer geistlosen Tätigkeit, zu einer seelischen Qual verwandelt.

Der Kapitalist hat in der Gütererzeugung nur den Gelderwerb im Auge; ihn interessiert an den erzeugten Gegenständen nicht der Gebrauchswert, sondern der Warenwert. Möglichst viel Geld verdienen, das allein ist sein Streben! Ob die Erzeugnisse, die er auf den Markt bringt, künstlerisch gestaltet und im Gebrauch dauerhaft und zweckdienlich sind, das ist ihm gleichgültig; ihm ist es nur darum zu tun, daß der Absatz recht groß sei.

Der kapitalistische Unternehmer verlegt sich auf die Massenerzeugung von Gütern. Um diese sehr gewinnbringend zu machen, sucht er durch eine weitgehende Teilung der Arbeit die Erzeugungsfähigkeit des Arbeiters bis zur höchsten Stufe zu steigern. Durch eine bis auf die Spitze getriebene Arbeitsteilung wird aber nicht nur die Arbeitskraft des Arbeiters bis zur vollen Erschöpfung ausgenutzt, sondern es wird auch der Arbeiter selbst zu einem Stück- und Teilmenschen verkrüppelt, zu einem Menschen, der nur eine einzige Arbeitsverrichtung während seiner ganzen Lebenszeit auszuführen hat.

Mit der Verkrüppelung des Arbeiters zu einem Stück- und Teilmenschen wird natürlich auch seine ganze Individualität verstümmelt, was gleichbedeutend ist mit einer Erstickung aller seiner künstlerischen Fähigkeiten. Dazu kommt noch, daß durch die weitgetriebene Arbeitsteilung die Arbeitsfähigkeit jeden Reiz verliert und dem Arbeiter die Lust zur Arbeit genommen wird. Unter solchen Verhältnissen kann die Entfaltung einer Kunst nicht möglich sein.

Anders war es, als im Gewerbe der Kapitalismus noch nicht geherrscht hat.

In unsern Museen werden als kostbare Schätze die seltenen Überreste der Gebrauchsgegenstände aus dem Mittelalter und späteren Jahrhunderten aufbewahrt und von modernen Künstlern angestaunt. Sind die Muster von hochbezahlten, feingebildeten Künstlern entworfen und dann in ein Kunstmuseum untergebracht worden? Nein, sie wurden als ordinäre Gebrauchsartikel, für den täglichen Gebrauch bestimmt, von einfachen Leuten, von der namenlosen Masse der Handwerker geschaffen, die ohne Absicht »Kunst« hervorbringen,

gleichsam zufällig und unabsichtlich, durch Laune und Phantasie geleitet, ihr Werk verzierten. Aber weil sie Freude an ihrer Arbeit fanden, deshalb wurde ihr Werk zum wirklichen Kunstwerk. Das, was man unter wirklicher Kunst versteht, ist eben der Ausdruck des Genusses, den der Mensch in seiner Arbeit findet. Es ist nicht möglich, daß er in seiner Arbeit glücklich sein kann, ohne daß er dieses Glück zum Ausdruck bringt, vor allem, wenn er in seiner Arbeit hervorrät.

Mit dieser Erkenntnis ist uns die Sicherheit gegeben, daß jene unbeschreibliche Häßlichkeit, die die Gebrauchsgegenstände im kapitalistischen Zeitalter kennzeichnet, verschwinden muß, wenn der Kapitalismus vom Sozialismus abgelöst wird.

Daß der Kapitalismus jede Kunstentfaltung unterdrückt, das zeigt sich besonders in der Modenzeichnerlei recht augenfällig. Obwohl wir es in der Modenzeichnerlei mit einem ausgeprägten Kunstgewerbe zu tun haben, haben die Erzeugnisse dieses Gewerbes infolge des Einflusses des Kapitalismus heute fast durchweg nichts mehr mit Kunst gemein. Bei der Arbeitsteilung, wie sie in dieser Branche durchgeführt ist, ist dies auch gar kein Wunder! In dem Artikel: Modenzeichner und Organisation, in der Graph. Presse vom 27. September dieses Jahres schreibt hier ein kundiger Fachgenosse, daß zum Beispiel an einem Blatte für Modejournal 8 (acht) verschiedene Kollegen arbeiten: Skizzierer, Schattierer, Spitzenzeichner, Tipler, Hintergrundzeichner, Umrahmungszeichner, Kopfleiter und Schriftzeichner.

Wahrlich, weiter kann die Arbeitsteilung nicht mehr getrieben werden! Eine schlimmere Verkrüppelung des einzelnen Arbeiters zum Stück- und Teilmenschen ist kaum noch denkbar. Es grenzt geradezu an Barbarismus, wie hier die Individualität verstümmelt wird.

Unter solchen Verhältnissen kann es, wie wir nachgewiesen haben, gar nicht möglich sein, ein künstlerisches Modenbild zu schaffen.

Wir halten diese Vorführung für sehr notwendig, weil das Publikum, das die Verhältnisse in der Modenzeichnerlei nicht kennt, gewöhnlich die Modenzeichner für die Häßlichkeit der Modebilder verantwortlich zu machen sucht.

Es ist ganz selbstverständlich, daß auch der Verbraucher merkt, daß unter dem Kapitalismus die Erzeugnisse immer häßlicher werden. Ofters sucht sich daher gegen diese Wirkung des Kapitalismus eine Reaktion geltend zu machen. Da aber der Kapitalismus in seinem ganzen Wesen ein Feind der Kunst ist, können, solange dieser an der Herrschaft ist, derartige Gegenströmungen niemals dauernd die Oberhand bekommen: sie werden immer wieder zurückgedrängt.

So macht sich auch in der Modenzeichnerlei gegenwärtig eine Gegenströmung gegen die Häßlichkeit der kapitalistischen Erzeugnisse bemerkbar. Eine kleine Abhandlung über diese Erscheinung brachte kürzlich das Berliner Tageblatt bei der Schließung der »Galerie der Moden« im Hohenzollern-Kunstgewerbehaus in Berlin. Für unsre Zeichner dürfte diese kleine Abfassung, die unter der Überschrift: »Das Modenbild als Kunstblatt« erschienen ist, sehr lehrreich sein. Der Verfasser, Herr Fritz Stahl, schreibt darin:

Im ganzen können wir auf die Modedarstellung, die man als die übliche bezeichnen kann, nicht sehr stolz sein. Entweder ist sie photographisch, und dann fehlt ihr das maßgebende Moment der Farbe, das Beschreibungen, da es auf die Nuance ankommt, nicht ersetzen können. Oder sie gibt sich als handwerkliche Zeichnung, die gerade den besonderen Reiz der Linie der Saison schuldig bleibt. Die Künstler, die diesen Reiz fühlen und die Farbe heranziehen, arbeiten zumeist für das Witzblatt oder kommen doch von dieser Arbeit her, und neigen dazu, zu karikieren, oder sagen wir: den äußersten Fall zu wählen.

Die alten Modebilder, nicht alle, aber viele, zeigen, daß es doch ganz andere Möglichkeiten gibt, daß ein Künstler den Sinn der flüchtigen Mode, daß er diesen Menschen, den sie heute will, erleben und aus dem Eindruck, wie aus irgendeinem anderen, ein graphisches Kunstblatt schaffen kann. Das muß auch wieder möglich sein. Gerade die Mode der letzten Zeit gibt sehr dankbare Motive, unsere technischen Mittel sind gewiß viel reicher als die früherer Zeiten, und man gibt in Magazin und Haus so viel auf die »Aufmachung«, daß all die geschilderten landläufigen Modebilder recht dürftig erscheinen und stark aus dem Ton fallen. Oder ist es nicht ein lächerlicher Anblick, neben unseren schönen und farbigen Stoffen in einer Etalage oder in einem von Künstlerhand geschaffenen Salon neben schönen Büchern diese steifen und wässrig kolorierten Blätter zu sehen, die immer den Ein-

druck machen, als seien sie zwanzig Jahre alt? Und sollen doch das Neueste zeigen.

Nun zeigt die Ausstellung, daß man schon angefangen hat, sich zu besinnen. Paris gibt ein Journal, das seine neuen Blätter von 1912 stolz neben die alten von 1812 stellen kann. Sie sind wirklich charmant, aber es fragt sich, ob der Stil einer kommenden Mode gerecht werden kann. Da ist mir die Wiener Art, wie sie in den Blättern der »Werkstätten« vertreten ist, lieber. Sie ist ganz modern. Freude an der Mode führt der Künstlerin die Hand, die in ganz modernem Sinne, ohne Anlehnung an irgendeine alte Epoche, graphisch arbeitet. Da ist die Verbindung von Sachlichkeit und Geschmack des Ausdrucks, die für solche Bilder notwendig ist. Sie verdienen, Schule zu machen. Berlin hat einen eigenen Stil noch nicht gefunden, aber einige Journale versuchen, Künstler zu dieser Tätigkeit heranzuziehen. Die Blätter sehen wohl ganz gut aus, aber sie sind zu summarisch und ähneln allzusehr der allgemeinen »Illustration«.

Jedenfalls ist die Bewegung überall im Gange. Sie wird am schnellsten zu Resultaten führen, wenn die großen Magazine durch diese Ausstellung begriffen haben, was für ein feines Mittel der Propaganda das gute Modebild für sie bedeutet.

## Der Steindruck.

Teil für die Interessen der Stein-, Zink-, Aluminium- und Notendrucker.

### Verlangt gutes Material!

Wenn man jetzt die alten Lehrbücher der »Kunst des Steindrucks« liest, die aus der Zeit herrühren, in der unser Beruf in der Tat noch den Anspruch auf die Bezeichnung Kunstgewerbe erheben konnte, da wird man von seltsamem Empfinden berührt. Ja, das klingt wie ein Märchen aus uralter Zeit! Wird doch da immer wieder betont, daß für gutes Gelingen der Druckarbeiten erstens einmal tadelloses Arbeitsmaterial, und dann peinlichste Sorgfalt und Aufmerksamkeit notwendig sind. Und wenn man sich aus diesen Beschreibungen die Arbeitsmethode von damals gegenwärtig und sie in Vergleich stellt mit dem Arbeiten von heute, so bekommt man ungefähr ein Bild von der gewaltigen Umwälzung des Steindrucks in der Technik. Diejenigen Kollegen, die noch aus den siebziger und achtziger Jahren persönliche Erinnerungen haben, als man an den Maschinen noch täglich 1000 Druck machte, können ja bestätigen, das früher ein besseres Arbeiten war als heute.

Diese Zeiten sind unwiederbringlich dahin und es wäre Torheit, wollte man mit rückwärts gewandtem Blick Vergangenes und Verlorenes wieder erstreben. Die kapitalistische Wirtschaftsweise hat gleich vielen anderen Berufszweigen auch unseren Beruf mehr und mehr seines Charakters als Kunstgewerbe entkleidet und ihn vollständig in den Dienst des Profitmachens gestellt. Und da ist es ein umfangreiches Gebiet, was sich der Steindruck erobert hat. Heute ist er Fabrikarbeit geworden, die so billig wie irgend möglich sein soll, um den Konkurrenten aus dem Felde zu schlagen. In erster Linie kommt die Billigkeit und dann erst die Qualität des Produktes in Betracht. Diese Tatsache ist von weittragender Bedeutung für unsern gesamten Arbeitsprozeß geworden. Denn soll ein Produkt billig sein, dann suchen die Unternehmer die Herstellungskosten so tief wie irgend möglich herabzudrücken. Man braucht ja nur daran zu denken, wie die Formate der Maschinen, die Höhe der Tagesauflagen sich immer und immer mehr vergrößert haben. Das hat natürlich für die Drucker zur Folge, daß sie bei der gesteigerten Intensität der Arbeit mehr Nervenkraft, mehr Muskelkraft ausgeben müssen und damit natürlich ihre Gesundheit schwächen.

Bekanntlich ist ja nun seit einer Reihe von Jahren unser Beruf in einer Krise, die durch eine ganze Reihe von Umständen, wie beispielsweise durch unsere verkehrte Steuer- und Zollpolitik, verschuldet worden ist. Und da haben wir die sehr bemerkenswerte Erscheinung, daß sich das Unternehmertum seinen Profit ungeschmälert zu erhalten sucht, indem es das ganze Risiko auf die Schultern der Arbeiter wälzt. Man spart heute am Arbeitsmaterial, verwendet schlechtere Papiersorten, billigere Farben, oder sucht an Stelle der teuren Steinplatten billigere Zinkplatten in Gebrauch zu nehmen. Heute ist es ja gar nicht mehr möglich, mit Farbe und Firnis zu drucken; es sind eine ganze Reihe Zusatzstoffe notwendig, weil man eben die billigsten Papiere verwendet. Ja es kommt vor, daß sogar die notwendigen Sachen fehlen oder so mangelhaft sind, daß gute Arbeiten so gut wie ausgeschlossen sind. Und da verlangt man dann vom Drucker saubere Arbeiten und sucht ihn wohl noch für den schlechten Ausfall verantwortlich und ihm vom Lohne Abzüge zu machen. Heute muß sich ein Drucker bis zum äußersten anstrengen, er muß in allen Sätteln gerecht sein, soll ein Mißlingen der Arbeiten nicht erfolgen.

Und dabei müssen wir daran erinnern, daß es eine ganze Reihe von Faktoren gibt, die im Druck



